

Klimapolitik braucht Paradigmenwechsel – Sektorübergreifende CO₂-Bepreisung ist wirksames Instrument für ökologisch und ökonomisch erfolgreichen Klimaschutz

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

verehrte Gäste,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich weiß, niemand hört es gerne, dass wir im Saarland Haushaltsnotlageland sind und zu den Empfängerländern zählen. Trotzdem muss ich das an dieser Stelle wiederholen, um der AfD-Fraktion die Absurdität ihres Antrags klar zu machen. Wie stellen Sie sich das vor? Wir bekommen vom Bund 500 Millionen € zusätzliche Finanzhilfen und nutzen einen großen Teil des Geldes, um jährlich mit 58,5 Mio € die Hälfte der EEG Umlage der Privathaushalte zu bezahlen? Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie die Reaktion der anderen Bundesländer wäre. Aber klar, fordern kann man ja mal als Opposition. Man muss ja weder das Geld besorgen noch steht man in der Verantwortung, wenn die Schuldenberge von nachfolgenden Generationen nicht mehr zu stemmen sind. Herzlichen Glückwunsch also zu Populismus pur.

Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht: die durch die Energiewende gestiegenen Strompreise sind eine Herausforderung nicht nur für die Privathaushalte, sondern auch für Unternehmen, gerade aus energieintensiven Branchen. Doch zur Energiewende im Allgemeinen bekenne ich mich an dieser Stelle, über die Details hingegen lässt es sich trefflich streiten. Genauso, wie wir nicht auf Kosten nachfolgender Generationen haushalten können, können wir auch nicht auf deren Kosten wirtschaften. Jedoch bin ich nicht der Meinung, dass eine Übernahme von 50% der EEG-Umlage für Privathaushalte ein ernstgemeinter Vorschlag sein kann, um die Kosten der Energiewende fair zu verteilen. Stattdessen

glaube ich, müssen wir alle miteinander dazu beitragen, weniger Energie und Ressourcen zu verbrauchen. Dabei wünsche ich mir einen technologieoffenen und ehrlichen Weg. Dazu wäre eine sektorübergreifende CO₂-Bepreisung und die schrittweise Abschaffung aller bestehenden Steuern und Abgaben ein möglicher und in meinen Augen sinnvoller Weg.

Würde man den seit 2005 geltenden europäischen Emissionshandel auch auf die Sektoren Verkehr und Wärme ausweiten, würde ein fairer Wettbewerb aller CO₂-Emittenden entstehen, der über einfache Marktkriterien zu einem tatsächlichen Umweltschutz beitragen würde. Über eine Verknappung des Angebots an CO₂-Zertifikaten würden alle Branchen aufgefordert, Maßnahmen zu einem sparsamen Verbrauch zu ergreifen. Aktuell puzzeln wir beim Umweltschutz mit Teilen unterschiedlicher Puzzles: so haben wir zum einen CO₂-Zertifikate, zum Anderen die EEG-Umlage, die Puzzleteile aus der Energieeinsparverordnung beim Bauen und die Grenzwerte für Fahrzeuge. Sie sehen selbst, daraus kann nie der große Wurf entstehen. Bei einer sektorenübergreifenden CO₂-Besteuerung mit gleichzeitiger Verknappung der handelbaren Zertifikate würden zwangsläufig jedoch die Maßnahmen ergriffen werden, die am geeignetsten sind, um tatsächlich CO₂ einzusparen. Gleichzeitig können alle sonstigen Regelungen zum Klimaschutz abgeschafft werden. Dies ist ein echter Bürokratieabbau für alle Unternehmen, aber auch die im Saarland weitverbreiteten Häuslebauer. Statt über Punkte Energiestandards beim Bauen erreichen zu müssen, würden zukünftig über die Abgaben für CO₂-Zertifikate auf Strom oder auf fossile Energieträger zur Wärmeerzeugung Anreize geschaffen, um möglichst wenig Bedarf zu erzeugen. Dadurch würde dem Bauherren auch unmittelbarer bewusst, warum er eben sein Haus dämmen soll, er hätte ein direktes Eigeninteresse statt wie aktuell den Zwang durch die Energieeinsparverordnung oder durch vergünstigte Zinsen bei der KfW. Gleichzeitig würde so der Bundeshaushalt nicht belastet, anders als durch die Beschlüsse durch die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Schließlich könnten die Ausgleichszahlungen an die Eigentümer von Kraftwerken entfallen, die durch die nun vorgeschriebene Abschaltung fällig werden. Trotzdem würden diese auch bei einer sektorübergreifenden CO₂-Bepreisung nach und nach aus eigenen wirtschaftlichen Interessen der Betreiber abgeschaltet werden, wenn sie durch hohen Energie- und damit Zertifikatsbedarf nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. Die aktuelle Beschlusslage jedoch sorgt nur dafür, dass die in Deutschland nicht mehr für die Kohlekraftwerke benötigten CO₂-Zertifikate an anderer Stelle gehandelt und genutzt werden. Es wird also nicht generell weniger CO₂ erzeugt, sondern nur nicht mehr durch Kohlekraftwerke in Deutschland. Der Umwelt ist jedoch egal, wo CO₂ entsteht. Ihr ist deshalb damit nicht

gedient. Ich begrüße ausdrücklich jede Anstrengung für mehr Umwelt- und Klimaschutz, aber diese müssen ausdrücklich auch ideologiefrei, rational begründet und technologieoffen sein!

Die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr und Wärme würde weitere Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate in den Bundeshaushalt bedeuten. Diese Mehreinnahmen könnten genutzt werden, um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, beispielsweise für Pendler, Mittelständler oder Geringverdiener. Für sie könnten Preissteigerungen beispielsweise durch Absenkung der Strom- oder Energiesteuer vermieden werden. Gleichzeitig könnten daraus Strukturhilfen für besonders betroffene Regionen gezahlt werden, analog der Beschlüsse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.

Eine sektorübergreifende CO₂-Bepreisung wäre außerdem technologieoffen und würde zu Innovationen im Energiebereich beitragen. Wir würden die Forschung und Entwicklung von möglichst effizienten Methoden des Energieverbrauchs vorantreiben und so auch die Innovationskraft der deutschen Unternehmen fördern. Gleichzeitig ebnen wir den Weg für neue Speichertechnologien. Aktuell muss für jede gespeicherte Kilowattstunde Strom EEG-Umlage gezahlt werden genauso wie anschließend wieder für jede bereitgestellte Kilowattstunde erneut – es wird also einmal EEG-Umlage als Stromverbraucher und einmal EEG-Umlage als Stromerzeuger fällig. Diese derzeitige doppelte Abgabe macht jedoch alle Speichertechniken unrentabel. Dabei sind für das Funktionieren der Energiewende Speicher eine unabdingbare Voraussetzung.

Ich denke, ich konnte aufzeigen, dass es Wege gibt, um Klimaschutz effektiver zu gestalten und gleichzeitig die Kosten für Unternehmer und vor allem für Bürger im Griff zu haben – zum Beispiel mit einer sektorübergreifenden CO₂-Bepreisung über Zertifikate. Einerseits können so alle Bereiche miteinander verglichen werden, andererseits werden effizientere Maßnahmen zur Einsparung von Energie zuerst umgesetzt werden. Wir würden neue Technologien fördern und für Verbraucher mehr Transparenz und langfristig günstigere Preise schaffen. Das Eigeninteresse, sparsame Autos zu fahren, wenig Energie zu verbrauchen und Ressourcen zu schonen würde steigen. Und über die Menge der ausgegebenen Zertifikate hätte die Bundesregierung einen direkten Einfluss auf ein umweltfreundliches Verhalten der Bundesbürger. So schaffen wir den Dreiklang von nachhaltigem Klimaschutz,

technologieoffene Forschung in neue Technologien und Transparenz für Verbraucher. In meinen Augen ist es nur auf diese Weise möglich, die europäischen Klimaschutzziele verträglich zu erreichen.

Die Debatte im Landtag des Saarlandes alleine wird nicht reichen, nicht mal eine Bundesgesetzgebung könnte dies umsetzen. Hierfür werden alle europäischen Partner benötigt. Da aktuell leider nicht einmal klar ist, wie viele europäische Partner zukünftig und wie lange noch am Tisch sitzen werden ist daran jedoch zur Zeit nicht zu denken. Trotzdem habe ich Ihren Vorschlag heute gerne genutzt, um aufzuzeigen, dass das Thema deutlich komplexer ist als Sie mit Ihrem Antrag vorgaukeln. Eine sektorübergreifende CO₂-Bepreisung würde hingegen allen nutzen: den Verbrauchern, den Unternehmen und bei schrittweiser Verknappung auch der Umwelt.

Ein ganz anderes Thema, das die Fraktion die Linke mit ihrem Antrag anspricht sind Stromsperrern. Diese sind natürlich für jede Familie ein ernstes Problem, sie wird quasi in vergangene Jahrhunderte zurückbefördert. Ich denke, jeder von uns hat bereits über einen kurzfristig abgestellten Strom oder über Stromausfall geflucht, weil das Wasser kalt, der Herd aus und die Lampe dunkel bleibt. Das ist kein lauschiges Kerzenlicht am Kaminfeuer, bei dem neun Monate später die Geburtsstationen voll sind. Das ist Leben wie im Mittelalter. Aber wir brauchen nicht die Opposition, um aktiv zu werden. Aber die Opposition sollte vielleicht öfter die Zeitung lesen, das war ja heute Morgen schon öfter Thema. Vielleicht nutzen Sie mal das Internet und recherchieren zu Stromsperrern Saarland“. Sogar die Zeitschrift „Die Welt“ hat darüber berichtet, dass das saarländische Modell nun auch Vorbild in Nordrhein-Westfalen ist. Unsere Ministerin Monika Bachmann setzt sich als Vorsitzende der Armutsbeirats dafür ein, Stromsperrern zu verhindern. Ein Runder Tisch tagt schon seit 2013 regelmäßig. Und aktuell wird ein Fond aufgelegt, aus dem säumige Rechnungen zur Vermeidung von Stromsperrern bezahlt werden können, gespeist von Sozial- und Umweltministerium. Und auch die Verbraucherzentrale des Saarlandes ist aktiv in der Schuldnerberatung, damit Menschen gar nicht in diese Situation kommen. Im Übrigen ist die Ausweitung des Saarbrücker Modells auf das ganze Saarland sehr schwierig, da die Vielzahl der Stromanbieter hier einerseits die Zahl der Akteure extrem erhöht, andererseits sehe ich aber auch ein Datenschutzproblem. Die Zahlen an Stromsperrern sind rückläufig, aber natürlich ist jeder einzelne Fall einer zu viel und wir werden weiter daran arbeiten, jede Familie, jeden Bürger im Saarland vor Stromsperrern zu schützen. Und hier danke ich unseren Mitgliedern der Landesregierung Monika Bachmann und Reinhold Jost für Ihren Einsatz.

Redebeitrag zum TOP 13 der 26. Plenarsitzung 2019 – Paradigmenwechsel in der Klimapolitik

Ein nachhaltiger Klimaschutz, der ideologiefrei und technologieoffen umgesetzt wird, transparent und sozial verträglich ist für Bürger und Unternehmen und den Interessen nachfolgender Generationen gerecht wird – das sollte unser aller Ziel sein. Ihre Anträge hingegen passen zu keinem dieser Ansprüche an einen nachhaltigen Klimaschutz. Sie arbeiten offensichtlich beim Klimaschutz noch am Puzzle von gestern, wir sind bereits einen Schritt weiter. Deshalb lehnen wir ihre Anträge ab.

Vielen Dank